Der Bürgermeister berichtet, dass der Antrag von Herrn Ullmann zu diesem Tagesordnungspunkt durch einen Antrag der Fraktion pro NRW ergänzt worden ist.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff ist der Antrag des Herrn Ullmann, nach dem sich die Stadt Radevormwald dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ anschließen soll, überflüssig. Es bedauert es zwar sehr, dass es immer noch viele Staaten gibt, die die Todesstrafe betreiben, betont jedoch, dass diese in Deutschland schon seit langer Zeit abgeschafft worden ist und dies auch im Grundgesetz verankert ist. Da es bei dieser Problematik nicht direkt um eine Angelegenheit der Kommunalpolitik handelt, schlägt Herr Haselhoff vor, diesem Antrag, sowie dem Antrag der Fraktion pro NRW, nicht zu entsprechen.

Herr Ullmann geht auf den Beitrag des Herrn Haselhoff ein und entgegnet, dass es sich seiner Meinung nach doch um eine kommunalpolitische Angelegenheit handelt, denn auch kleinere Gemeinden müssen sich für die Werte der Gemeinschaft, insbesondere für die Menschenrechte vor Ort einsetzen. Er berichtet von ähnlichen Resolutionsanträgen, denen in der Bundesrepublik entsprochen worden ist und von der großen Resonanz, die dieses Bündnis bisher weltweit erfahren hat.

Es erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag des Herrn Ullmann. Danach wird über den Antrag der Fraktion pro NRW abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadt Radevormwald tritt dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ („Cities of Life“ der Comunità di Saint’Egidio) bei.
2. Die Stadt Radevormwald beteiligt sich mit einer entsprechenden Aktion am nächsten Aktionstag des Bündnisses, voraussichtlich im November dieses Jahres.
3. Die Stadt Radevormwald schließt sich der Kritik von Amnesty International und anderen an dem Verfahren gegen den US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal an.
4. Der Rat der Stadt Radevormwald tritt mit vorliegender Resolution gegen die Todesstrafe und ihre Vollstreckung an dem Journalisten Mumia Abu-Jamal ein.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
37 Nein-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 pro NRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.